



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

18. Januar 2022

Demo 15. Januar +++ Wohnungspolitik +++ Stadtteilprofile +++ Armutsbericht +++ Lagerhaus G +++ Bullenhuser Damm



Klares Bekenntnis von Sabine Boeddinghaus auf der Demonstration »Solidarität und Aufklärung statt Verschwörungstheorien« am 15. Januar (Foto: Ralf Dorschel)



Die Bundesbauministerin und die Stadtentwicklungssenatorin feiern am 6. Januar im Pergolenviertel die Erfolge der Hamburger Wohnungspolitik (Foto: M. Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen allen ein gutes, ein besseres neues Jahr – und müssen doch schon wieder skeptisch starten, ganz so, wie wir das vergangene Jahr beendet haben. Es führt leider kein Weg daran vorbei, sich weiterhin mit den explodierenden Infektions- und Inzidenzzahlen zu beschäftigen. Wir können nur heilfroh sein, dass mit den Impfstoffen höchstwahrscheinlich Tausenden Menschen in den vergangenen Monaten das Leben gerettet wurde und eine Unzahl Krankheitsverläufe stark abgemildert werden konnten.

Neben all dem aus der Pandemie erwachsenen Leid, den Vereinsamungen, Ängsten und Frustrationen bekümmert uns, dass es seit nahezu zwei Jahren schwer ist, die »anderen«

großen Themen in den Fokus gerückt zu bekommen: die Klimakatastrophe – wie abgetaucht; die Armutsproblematik – eine Sache von Spezialist:innen; die Wohnungsmisere – weitet sich ohne Protestdemonstrationen aus; die besondere Betroffenheit der Kinder und Jugendlichen – verebbt, nicht einmal genügend Luftreiniger in den Schulräumen stehen nach fast zwei Jahren Corona zur Verfügung ... Wären da nicht ab und zu ein paar herausragende, durchaus Furore machende Meldungen wie die Cum-ex-Affäre rund um die Herren Scholz, Tschentscher und Kahrs oder der 7,3-Prozent-Mietensteigerungsschock, dann würde es zwar im gesellschaftlichen Gebälk irgendwie rumpeln und ächzen, aber doch für die Herrschenden aus Kapital

und Politik noch glatter laufen. Führen wir uns nur mal vor Augen, dass die Inflationsrate im Dezember bei 5,3% lag und die Gaspreise in diesem Jahr um 25% und mehr steigen sollen.

Fatal ist in diesem Zusammenhang, dass sich augenscheinlich Protest ausgerechnet bei den Aufklärungs- und Impfgegner:innen, den Coronaleugner:innen und Verschwörungsideolog:innen versammelt und sich dort auch noch mit den Rechtsextremist:innen bewusst oder unbewusst gemein macht, und das in wachsendem Maße. Hier hätten wir, hier hätte die Zivilgesellschaft längst Flagge zeigen müssen, hätte den Protest gegen die in Teilen wirklich katastrophale und widersprüchliche Coronapolitik, aber auch gegen andere Auswüchse dieser Gesellschaft öffentlich machen und auf die Straße tragen müssen. Versuchen wir zusammen, unseren Beitrag dafür zu leisten, dass die Verunsicherung und Empörung nicht in einer erst latenten, und bald womöglich schon manifesten Rechtsentwicklung münden. Und da haben wir das wachsende Bedrohungsszenario in Europa und das zunehmende Kriegsgerassel nicht zuletzt unserer grün-roten Außen- und Verteidigungspolitikern noch gar nicht thematisiert.

Nichtsdestoweniger werden wir weiterhin auch unseren Alltagsjob machen, d. h. mit den parlamentarischen Mitteln, die uns als Oppositionskraft zur Verfügung stehen, wirken, wo Widerspruch, Protest und Alternativen gefragt sind. Gerne im Verbund mit Ihnen und Euch und allen Kräften und Bewegungen, die an einer besseren Gesellschaft, im Kleinen wie im Großen, interessiert sind. Wir halten es da gerade in tristen Zeiten gerne und weiterhin mit Heinrich Heine:

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenn' auch die Herren Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich Euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich seyn,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.
Es wächst hienieden Brod genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrthen, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Heinrich Heine: Deutschland. Ein Wintermärchen, 1844

In diesem Sinne grüßen
Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Michael Joho und Hanno Plass

Von Coronaleugner:innen und Impfgegner:innen

Von **Christiane Schneider**

Seit Olaf Scholz im November die Einführung einer Impfpflicht im Kampf gegen die Corona-Pandemie angekündigt hat, ist überall in der Bundesrepublik die Zahl der Menschen, die gegen die Corona-Maßnahmen demonstrieren, sprunghaft in die Höhe gegangen. Das gilt auch für Hamburg. Am 8. Januar haben sich hier laut Polizei knapp 14.000 Menschen beteiligt. Sie repräsentieren eine Minderheit, aber ich habe mir die Demonstrationen seit Anfang Dezember angesehen und finde die wachsenden Zahlen und die zunehmend rabiate Selbstgewissheit der Demonstrierenden stark beunruhigend.

Es stimmt, die Demonstrationen der Coronaleugner:innen und Impfgegner:innen in Hamburg unterscheiden sich von vielen in anderen Regionen. In weiten Teilen Ostdeutschland stehen die Demonstrationen unter der Führung militanter Nazis. In Bayern spielen die dort relativ starken Szenen der (gewaltbereiten) Reichsbürger:innen eine große Rolle. Beides trifft für Hamburg nicht zu. Hier ist die Zusammensetzung nicht nur heterogen, sondern wesentlich von Teilnehmer:innen aus »bürgerlichen«, teils aus »alternativen« Milieus geprägt. Es gab zuletzt sogar einen Block, der sich als links versteht. Die



Gegen Coronaleugner:innen, Impfgegner:innen, Schwurbler:innen und ihre offenen Flanken zur extremen Rechten auf der Demonstration am 15. Januar (Foto: M. Joho)

unangenehme Erfahrung ist, dass sehr viele Demonstrationsteilnehmer:innen mit aggressiven »Nazis-Raus«-Sprechchören reagieren, wenn sich antifaschistischer Protest am Rande bemerkbar macht, sich aber nicht daran stören, dass AfD,



Auf einer der Umzüge der Coronamaßnahmen-Gegner:innen der letzten Wochen (Fotos: C. Schneider)

Reichsbürger:innen und Nazis mitlaufen und mitrufen. Inzwischen bilden verschiedene Neonazigruppen sogar, unbehellig von Veranstalter:innen und Teilnehmer:innen, einen eigenen Block, den die NPD offen bewirbt.

Ein wesentliches Moment, das die Beteiligten aus unterschiedlichen Milieus und mit unterschiedlichen Beweggründen und Interessen zusammenhält, sind Verschwörungserzählungen und wahnhaftige Verfolgungsvorstellungen. Weit verbreitet, sichtbar auf den Pappschildern und Transparenten, sind Auffassungen, über die Pandemie belogen zu werden, als Versuchskaninchen zu dienen, sind Auffassungen vom Wirken geheimer Kräfte, die die Pandemie für andere, dunkle Zwecke nutzen wie z. B. zum »great reset« etc. Da wähnt man sich in einer Diktatur, im Faschismus, setzt indirekt mit Verweisen auf den »Nürnberger Kodex« impfende Ärzt:innen mit Mengele und Co. gleich und schreckt auch nicht davor zurück, sich in unerträglicher Verharmlosung des Holocaust mit den verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden zu vergleichen. Sicher werden nicht alle Beteiligten solche Verschwörungserzählungen teilen, aber es sind beunruhigend viele, wie auch verschiedenen Studien und Umfragen zu entnehmen ist.

Ein weiteres zentrales Moment, das viele verbindet, scheint mir ein ausgeprägt libertäres Verständnis von Freiheit zu sein, ein Verständnis à la Kubicki, das rücksichtslos die Rechte des/der anderen dem Austoben der eigenen »Freiheit« opfert. Mich erinnert diese Mentalität an die Parole »Freie Fahrt für freie Bürger!«, unter der der ADAC und die FDP Anfang der 1970er-Jahre eine Kampagne gegen die zur Senkung der hohen Zahl von Verkehrstoten geplante allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen organisierte. Die Teilnehmer:innen wännen sich im Widerstand gegen die Beschneidung ihrer Freiheit. Sie negieren – ausdrücklich oder de facto – die mit der Pandemie verbundenen Gefahren und missachten das Recht des/der anderen auf Schutz von Gesundheit und Leben. In einer Gesellschaft wie der unseren, in der die Arbeitsteilung hoch entwickelt und damit die gegenseitige Abhängigkeit der Gesellschaftsmitglieder groß ist wie nie zuvor, ist die Achtung der Rechte des/der anderen unverzichtbar. Über die **Impfpflicht** kann man streiten, auch hart, über das Impfen (klar, sofern individuell nicht schwerwiegende Gründe dagegensprechen) vernünftigerweise nicht.

Dass die Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer:innen in Hamburg bürgerlichen Milieus zuzurechnen sind, wie der

Eine Art Faktencheck zum Thema (»Die Argumente der Impfgegner – und wo sie falsch liegen«) lieferte am 14. Januar das *Hamburger Abendblatt* online und tags darauf in der Printausgabe. Der umfangreiche Artikel ist im Netz frei zugänglich unter www.abendblatt.de/vermishtes/article234319933/corona-argumente-gegen-impfung-entkraeften.html.

Hamburger Verfassungsschutz nach noch jeder Demonstration abwiegelnd hervorhebt, sagt in der Tat nichts aus über die dominierenden Einstellungen. Gerade das Bürgertum ist, wie wir aus der Geschichte wissen, gegen rechte Auffassungen nicht immun. Dass sich so viele »bürgerliche« und »alternative« Milieus an den Demonstrationen beteiligen und »Widerstand, Widerstand« brüllen, sehe ich als Ausdruck einer gesellschaftlichen Krise und einer Verschiebung des politischen Klimas nach rechts.

Kritische Gegenaktionen wie die Demonstration des *Hamburger Bündnisses gegen Rechts* und von über 80 weiteren Organisationen am 15. Januar sind nötig, können aber nur **eine** Antwort darauf sein. Nach meiner Auffassung steht die gesellschaftliche Linke in der Verantwortung, umfassende Antworten auf das von der Pandemie **und** der staatlichen Pandemiepolitik hervorgerufene Elend zu entwickeln und den Begriff der Solidarität mit sehr konkreten Inhalten zu füllen. Das scheint

mir eine Grundbedingung dafür zu sein, die Rechtsentwicklung noch zu stoppen.

Es gibt eine Reihe von Faktoren, die Menschen für Verschwörungsmythen u.Ä. empfänglich machen, die ich nicht einmal streifen konnte. Dafür empfehle ich für die weitere Befassung:

- Oliver Nachtwey, Robert Schäfer, Nadine Frei: Politische Soziologie der Corona-Proteste, <https://osf.io/preprints/so-carxiv/zyp3f/>.
- Nadine Frei, Oliver Nachtwey: Quellen des »Querdenkertums« - Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, https://boell-bw.de/sites/default/files/2021-11/Studie_Quellen%20des%20Querdenkertums.pdf
- Andreas Speit: Verqueres Denken, Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus.



Fronttransparent auf der Demonstration am 15. Januar (Foto: C. Schneider)



Rund 5.000 Demonstrant:innen auf dem Jungfernstieg am 15. Januar (Foto: M. Joho)



Totale Begriffsverwirrung: »No pasarán!«, das war die 1936 erstmals skandierete Massenparole keineswegs gegen lebensrettende Impfungen, sondern der spanischen Linken im Kampf gegen den faschistischen Putsch General Francos (Foto: M. Joho)

Nachtrag am Abend nach der Demonstration vom 15. Januar:

1.000 waren angemeldet, bis zu 5.000 sind dem Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts und 100 weiterer Gruppen und Organisationen für Solidarität im Kampf gegen die Pandemie und gegen Verschwörungserzählungen gefolgt. Die Logistik war aufgrund der nicht erwarteten Zahl überfordert, die Reden konnten trotz zweier Lautsprecherwagen im hinteren Teil der Demo nicht mehr verstanden werden. Das Demonstrationskonzept, mit vielen Kundgebungen und zahlreichen Redner:innen die Innenstadt so lange wie möglich für die Demonstration der Coronaleugner:innen und Impfgegner:innen zu »sperrern«, passte wegen des Verbots dieser Demonstration auch nicht mehr so richtig. Und trotzdem,

die meisten sind bis zum Schluss geblieben. Das ermutigt für die weitere Auseinandersetzung mit Verschwörungserzählungen, Impfverweigerung und Toleranz gegenüber Nazis und anderen Rechten, aber auch dazu, gemeinsam den Kampf für eine solidarische Pandemiepolitik zu führen, die niemanden zurücklässt.

Ein kurzer, zweiminütiger NDR-Bericht über die Demonstration gegen die »Querdenker:innen« am 15. Januar findet sich hier: www.ndr.de/nachrichten/hamburg/coronavirus/Hamburg-Rund-2900-Menschen-bei-Demo-gegen-Corona-Leugner,corona9900.html

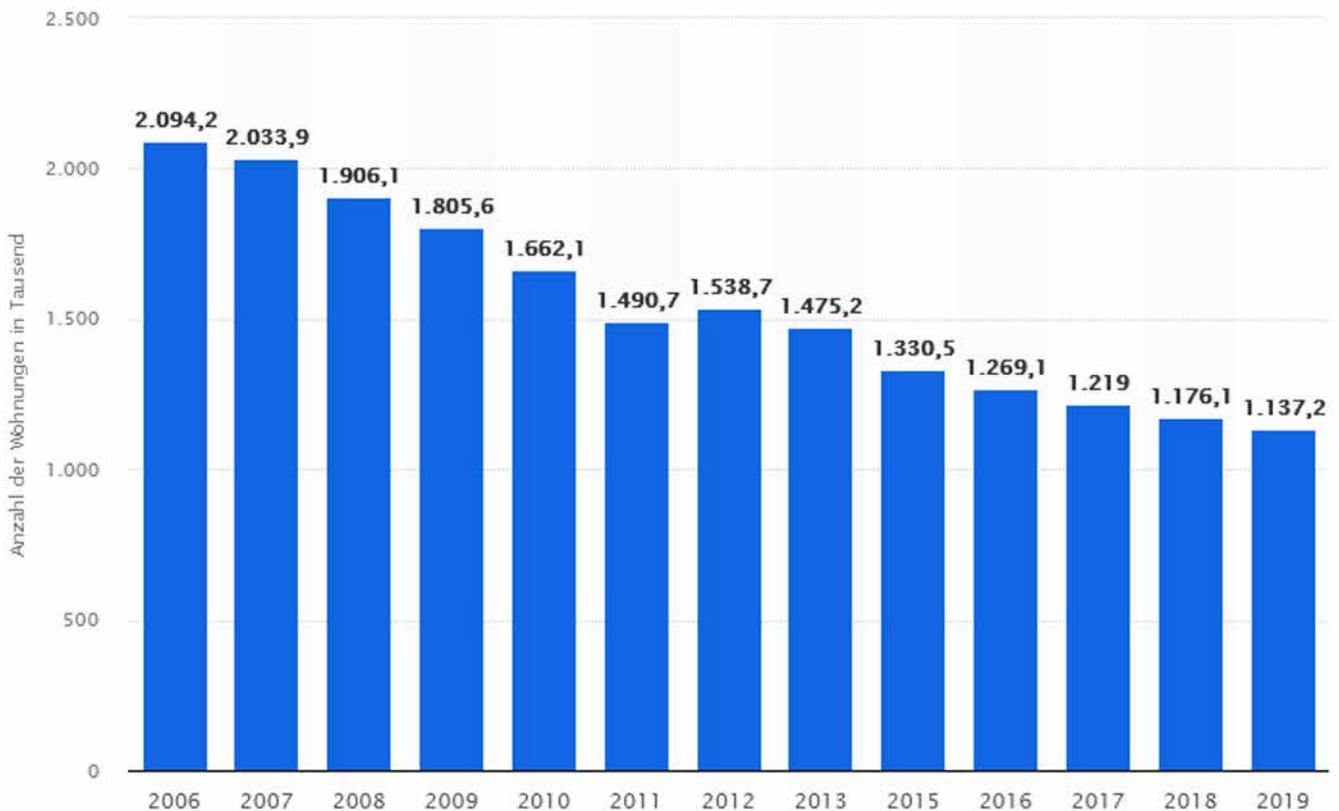
Zur Wohnungspolitik der neuen Ampelkoalition

Von Heike Sudmann und Michael Joho

Der Komplex Wohnungs- und Mietpolitik taucht im gelbgrün-roten Koalitionsvertrag vom 24. November 2021 (www.wiwo.de/downloads/27830022/8/koalitionsvertrag-2021-2025.pdf) im IV. Hauptkapitel unter der Überschrift »Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt« auf. Weder diese Einordnung noch der nüchterne Untertitel des hier beleuchteten Kapitels »Bauen

und Wohnen« erscheinen uns besonders treffend oder der Problematik angemessen. Obwohl sich der Wohnungsmangel und die Mietenexplosion in den vergangenen Jahren mit zu den größten sozialen Herausforderungen der Gegenwart bundesweit und auch gerade in Hamburg entwickelt haben, fällt der Teil mit knapp sechs von 179 Seiten auch recht dünn aus.

Sozialmietwohnungen in Deutschland 2006 bis 2019 (in 1.000)



<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/892789/umfrage/sozialwohnungen-in-deutschland/>

Zu erhoffen waren ja nachhaltige Maßnahmen, die diesen Sorgen eines wachsenden Teils der Bevölkerung entgegenwirken. Allerorten wird – auch von zwei der zukünftigen Regierungsparteien – der Rückgang an Sozialwohnungen beklagt. Nochmals zur Erinnerung: Laut Statista-Erhebung vom Juni 2021 haben die Sozialwohnungen zwischen 2006 und 2019 kontinuierlich von knapp 2,1 Mio. auf gut 1,1 Mio. abgenommen. Doch wie reagiert die Ampelkoalition? Sie verspricht 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, aber nur 100.000 öffentlich geförderte und somit 300.000 teure und sehr teure! Das reicht nicht

im Entferntesten aus, den Verlust an günstigem Wohnraum wettzumachen. Die in der entsprechenden Bau-Arbeitsgruppe führend beteiligte Frau Dr. Stapelfeldt hat damit den Hamburger Kurs auch auf Bundesebene verankert, wobei nicht einmal mehr der »Drittelmix« propagiert wird, sondern nur noch von 25 Prozent öffentlich geförderten Wohnungen die Rede ist. In Hamburg sind bekanntlich zwischen 2011 und 2020 nur etwas mehr als 25 % Sozialwohnungen im 1. Förderweg entstanden, wie sich aus einer Kleinen Anfrage und einer Pressemitteilung der Linksfraktion vom 5. Juli 2021 ergibt.

Baufertigstellungen in Hamburg von 2011 bis 2020

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hamburg von 2011 - 2020 (Grundlage: Drs. 22/5066 v. 2.7.21, erstellt von Heike Sudmann)													
Jahr	Fertig gestellte Wohnungen												
	insgesamt	darunter 1. u. 2. Förderweg (FW)						darunter in Gebäuden mit Eigentumswohnungen		darunter freifinanzierte Wohnungen (errechnet aus der Summe der Fertigstellungen abzüglich Eigentumswohnungen und 1. u. 2. FW)		Summe ETW und freifinanziert	
		1. Fw	in %	2. Fw	in %	1. u. 2. Fw zusammen	in % insges.	Anzahl	in % insges.	Anzahl	in % insges.	Anzahl	in % insges.
2011	3.729	1.182	31,7	0	0	1.182	31,7	1.072	28,75	1.475	39,55	2.547	68,3
2012	3.793	607	16	1	0,03	608	16,03	936	24,7	2.249	59,29	3.185	83,97
2013	6.407	1.330	20,76	0	0	1.330	20,76	2.290	35,7	2.787	43,5	5.077	79,24
2014	6.974	2.005	28,75	34	0,49	2.039	29,24	1.460	20,9	3.475	49,83	4.935	70,76
2015	8.521	2.148	25,21	42	0,49	2.190	25,7	2.223	26,1	4.108	48,21	6.331	74,3
2016	7.722	2.127	27,54	306	3,96	2.433	31,51	2.507	32,5	2.782	36,03	5.289	68,49
2017	7.920	2.108	26,62	205	2,59	2.313	29,2	2.338	29,52	3.269	41,28	5.607	70,8
2018	10.674	2.075	19,44	391	3,66	2.466	23,1	2.529	23,69	5.679	53,2	8.208	76,9
2019	9.805	3.012	30,72	705	7,19	3.717	37,91	2.290	23,36	3.798	38,74	6.088	62,1
2020	11.269	3.037	26,95	435	3,86	3.472	30,81	2.623	23,28	5.174	45,91	7.797	69,19
Summe	76.814	19.631	25,56	2.119	2,76	21.750	28,32	20.268	26,39	34.796	45,30	55.064	71,68

www.linksfraktion-hamburg.de/pressemitteilungen/wohnungspolitik-des-senats-gescheitert-119-000-wohnungen-fehlen-drittelmix-nicht-erreicht/

Bleibt die Frage nach der Schaffung auch nur ansatzweise ausreichender Sozialwohnungen im Koalitionsvertrag unbeantwortet, wird dem Wohneigentum um so mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Steuervergünstigungen, Darlehensregelungen, Zinsverbilligungen, all das um – wie es im Vertrag heißt – »mehr Menschen in Deutschland (zu) ermöglichen, im selbst genutzten Eigentum zu wohnen«. Wir mögen uns gar nicht ausmalen, mit wie viel Flächenfraß, Natur- und Landschaftszerstörung der Neubau von Hunderttausenden Ein- und Zweifamilienhäusern in den nächsten Jahren einhergehen wird. Der FDP ist das bekanntlich egal. Aber was ist mit den Ampelpartnern SPD und GRÜNE, die sich zumindest in Hamburg im Zusammenhang mit der Volksinitiative »Hamburgs Grün erhalten!« vor gut zwei Jahren darauf verständigt hatten, den Grünanteil nicht weiter zu reduzieren und bei rund 30 Prozent festzuschreiben?

Es sei noch angefügt, dass neben vielen nebulösen Zielset-

zungen im Koalitionsvertrag auch einige kleinere Verbesserungen durchschimmern wie z. B. die Ankündigung, Obdach- und Wohnungslosigkeit abzuschaffen oder die Absenkung der Kappungsgrenze von 15 auf 11 % maximaler Mieterhöhung in drei Jahren zumindest auf angespannten Wohnungsmärkten. Die flächendeckenden Kernaufgaben aber – also günstigen Wohnraum zu schaffen und zu erhalten sowie leistbare Mieten vor allem für Haushalte mit geringem Einkommen zu gewährleisten –, diese Aufgaben vernachlässigt die Ampelkoalition sträflich.

Hamburgs alternativer Verein Mieter helfen Mietern (MhM) merkt denn auch angesichts von »wenigen Lichtblicken« kritisch an: »Mietendeckel und Mietenmoratorium standen zwar im Wahlprogramm der GRÜNEN und der SPD, in der Koalitionsvereinbarung ist davon aber nichts mehr zu finden«. Und die Absenkung der Kappungsgrenze böte keine echte Verschnaufpause für die gebeutelten Mieter:innen, so die Ausführungen

im MhM-Magazin »mietraum²«. Auf ein weiteres Manko wird in der Januar-Ausgabe der Hamburger Zeitschrift *Sozialismus* hingewiesen. Neben einem ernüchternden Fazit der »neuen« Wohnungspolitik des Ampelvertrages – in der *taz* kürzlich als »gelbe Seiten« verspottet – heißt es in der *Sozialismus*: »Dass die Federführung für das Mietrecht, aber wahrscheinlich auch für die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BImA) und die Wohngemeinnützigkeit nicht im neuen (SPD-geführten)

Bauministerium, sondern in den FDP-besetzten Ministerien für Justiz bzw. für Finanzen liegt, stimmt da nicht hoffnungsfroh.« Und so lautet das Fazit insgesamt, zitieren wir mal die *junge welt* vom 30. November 2021, die »Immobilienlobby ist erleichtert« (www.jungewelt.de/artikel/415586.spekulanten-erleichtert-immobilienlobby-ist-erleichtert.html), ihre Pfründe werden nicht angetastet, die Umverteilung zu ihren Gunsten wird auch unter Gelb-Grün-Rot fortgesetzt.

Stadtteil-Profile:

Was kann man aus den Daten über Bildungsgerechtigkeit ablesen?

Von Hanno Plass

Anfang November wurden vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein neue Stadtteil-Profile für die Hansestadt herausgegeben.¹ Die Daten lassen sich als PDF-Dokument abrufen,² sie sind aber auch in einer virtuellen Datenbank zu finden.³

Seit 2004 werden jährlich verschiedene demografische und soziale Daten der Hamburger Bevölkerung in einer Datensammlung sichtbar, nutzbar und vergleichbar gemacht. Ich möchte hier nach einer kleinen Übersicht über die statistischen Merkmale und anzeigbaren Funktionen darauf eingehen, inwiefern aus den Daten der Stadtteilprofile etwas über die Lage der Schulen ablesbar ist.

Das Statistikamt hat fünf Kategorien gewählt, die wiederum die abgefragten Merkmale strukturieren:

Bevölkerung und Haushalte; Bevölkerungsbewegung; Sozialstruktur; Wohnen; Infrastruktur und Verkehr. Abgefragt werden Merkmale wie Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Geburten- und Sterbefälle, Fort- und Zuzüge, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Arbeitslose, Leistungsempfänger:innen nach SGB II, unter-15-Jährige in Mindestsicherung, Bedarfsgemeinschaften nach SGB II, Wohngebäude, Wohnungen, Sozialwohnungen, Immobilienpreise, Kindergärten, Grundschulen, Schüler:innen in der Sekundarstufe I, (Schulformen Stadtteilschule und Gymnasium), niedergelassene Ärzt:innen, Zahnärzt:innen. Auf der virtuellen Karte sind zudem kleinteiligere Merkmale (in Zahlen und Prozent) wählbar wie unter Bevölkerung der Anteil der unter-18-Jährigen an der Bevölkerung, der Plus-65-Jährigen, der jeweiligen Altersgruppe mit Migrationshintergrund, die Kategorie Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Bevölkerungsdichte und so weiter. Unter Infrastruktur und Verkehr sind die Anteile der Schüler:innen der Stadtteile nach Schulformen abrufbar,

Kindergärten und Vorschule, Grundschulen, Anteil der Schüler:innen in Stadtteilschulen und in Gymnasien; hinzu kommt die Pkw-Dichte, die Zahl an Apotheken und Ärzt:innen. Im Bereich des Wohnens sind abrufbar die Zahl und Größe der Wohnfläche je Einwohner:in (ja, auch die Wohnungsgrößen, aber dann fallen Wohnhäuser aus der Zählung). Nicht uninteressant ist die Angabe, wie viel Prozent der Sozialwohnungen bis 2026 aus der Sozialbindung fallen wird. In Wellingsbüttel, Rönneburg, Neuenfelde und Curslack sind es 100 Prozent, in Rothenburgsort 96,1, in Hoheluft-Ost, 88,9 Prozent; danach folgen Stadtteile mit 40 bis 55 Prozent: Harvestehude, Billstedt, Schnelsen, Rissen, Langenbek, Groß Borstel, Steilshoop, Veddel... Bekanntlich fehlt es massiv an Sozialwohnungen. In fünf Jahren werden diese fast 6.000 Wohnungen nicht angemessen ersetzt werden. Dies merke ich en passant an, weil es mir auffällt. Und weil es zeigt, dass sich einige gesellschaftliche Aspekte aus den erhobenen Daten ablesen lassen.

Für die Vorstellung: Die soziale Spaltung Hamburgs lässt sich mit zwei Buchstaben erfassen. Ein liegendes L, das von Rissen hoch in die Walddörfer reicht und kurz hinter der Alster nordwärts abknickt. Dieses liegende L beschreibt die Stadtteile mit der größten Einkommenskonzentration, dem geringsten Ausländeranteil und Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (dazu: stets die höchste Wahlbeteiligung) und auch ein hohes Durchschnittsalter. Demgegenüber lässt sich die Armutsverteilung mit einem recht breiten, aber gedrungenen X beschreiben: von Lurup/Eidelstedt/Schnelsen in die Vier- und Marschlande, von Rahlstedt nach Neugraben – samt einem Punkt oben drüber: in Langenhorn ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II mit 2.221 ähnlich hoch wie in Harburg mit 2.275. Im Osten mit Jenfeld (2.464) und im Westen mit Lurup (2.752) ähnlich. Rahlstedt und Bramfeld sowie Billstedt schlagen anders aus: 4.538, 3.034 und 6.637 dieser Bedarfsgemeinschaften leben dort; südlich der Elbe hat nur Wilhelmshagen einen ähnlichen Wert (4.842). Und selbst die gentrifizierten Stadtteile Altona, Eimsbüttel und St. Pauli sind dunkle Flecken auf der Hamburger Sozialkarte (siehe Abbildung 1).

Wie schlägt diese hier angedeutete sozialräumliche Gliederung nun im Bildungswesen nieder?

¹ <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/regionalstatistik-datenbanken-und-karten/hamburger-stadtteil-profile-staedtestatistik-fuer-hamburg>, https://www.statistik-nord.de/fileadmin/maps/Stadtteil_Profile_2020/atlas.html

² https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/Stadtteil_Profile_HH-BJ-2020.pdf

³ https://www.statistik-nord.de/fileadmin/maps/Stadtteil_Profile_2020/atlas.html

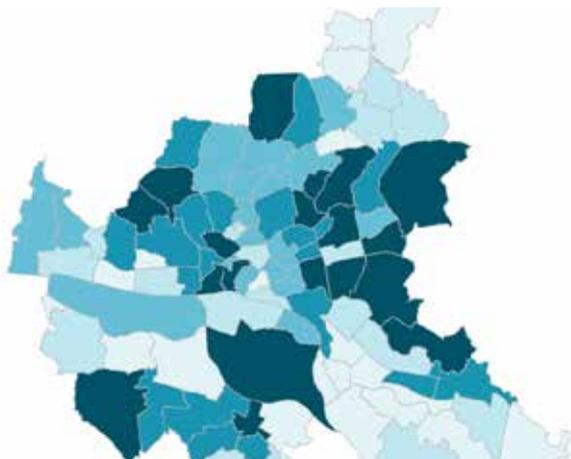


Abb. 1: »Bedarfsgemeinschaften nach SGB II«

In zweierlei Hinsicht. Zum Ersten in Bezug auf die Zusammensetzung der Schüler:innenschaft. Ein ausschlaggebendes Kriterium für die Akzeptanz der Schulwahl der Eltern durch die Schulbehörde ist die Entfernung des Wohnortes zur Schule. Der Gedanke ist rundweg richtig. Eine Konsequenz sind natürlich Ummeldungen von Eltern, um in die Nähe der Wunschschule zu kommen, individualisierte Strategien für die »bestmögliche Schulwahl«. Doch durch den räumlichen Bezug der Schulen zu ihren Schüler:innen wird klar, dass die sozialen Indikatoren sich auch in der Zusammensetzung der Schüler:innenschaft ausdrücken. Konkret lässt sich dies an dem neu berechneten Sozialindex ablesen, der ja mittlerweile erfreulicherweise auf den »harten« Datengrundlagen des Statistischen Landesamtes und amtlichen Daten der Schulen beruht. Nicht, dass die Bemessungen für Ressourcen, die sich aus der Sozialindexberechnung ableiten, ausreichen würden; jedoch steuert der Sozialindex in einem gewissen Maß eine zusätzliche Ressourcenzuweisung. Die Sozialindizierung zeigt die soziale Spaltung der Stadt.⁴

Zum Zweiten kann die sozialräumliche Spaltung der Stadt dazu führen, dass ein Gymnasium in einer ökonomisch benachteiligten Nachbarschaft einen niedrigeren Sozialindex hat, als eine Stadtteilschule in einer finanzkräftigeren Nachbarschaft. Nicht dass dies oft vorkommt, aber es kommt vor.⁵

Und aus den vom Statistikamt erhobenen Daten ist auch sichtbar, wie sich die soziale Spaltung im Schulsystem ausdrückt. Nehmen wir den Indikator »Anteil der Schüler:innen in Stadtteilschulen in % (2020/21)« so sehen wir folgendes Bild wie in Abbildung 2 oben rechts.

In den Stadtteilen, in denen viele Menschen mit wenig Geld wohnen, gehen die Kinder mehrheitlich auf Stadtteilschulen,

⁴ <https://www.die-linke-hamburg.de/presse/pressemitteilungen/detail/news/neuberechnung-des-sozialindex-zeigt-soziale-spaltung-in-hamburgs-schulwesen/>

⁵ Ein Beispiel (der Sozialindex ist umgekehrt zu Schulnoten!): Die STS Nienendorf hat den hohen Sozialindex 5, das Gymnasium Dörpsweg 4. In ihrer Mehrheit und in der Gesamtheit haben jedoch die Gymnasien weitaus höhere Sozialindizes als die STS - und auch weitaus weniger mit Inklusion und Integration überhaupt zu tun.

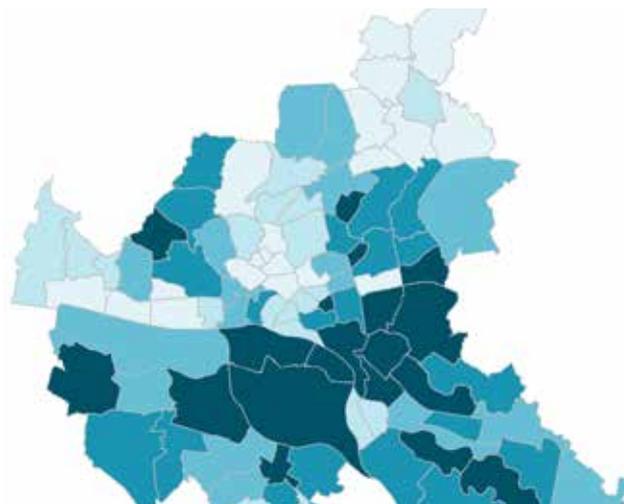
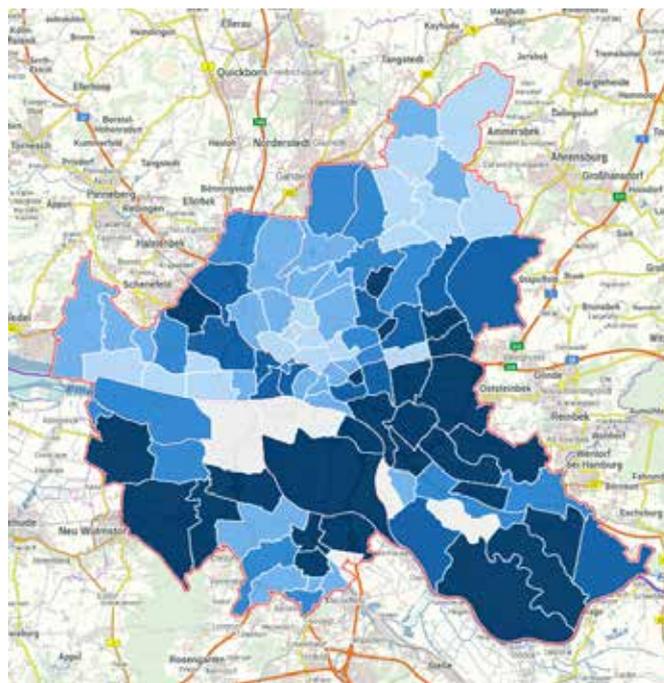


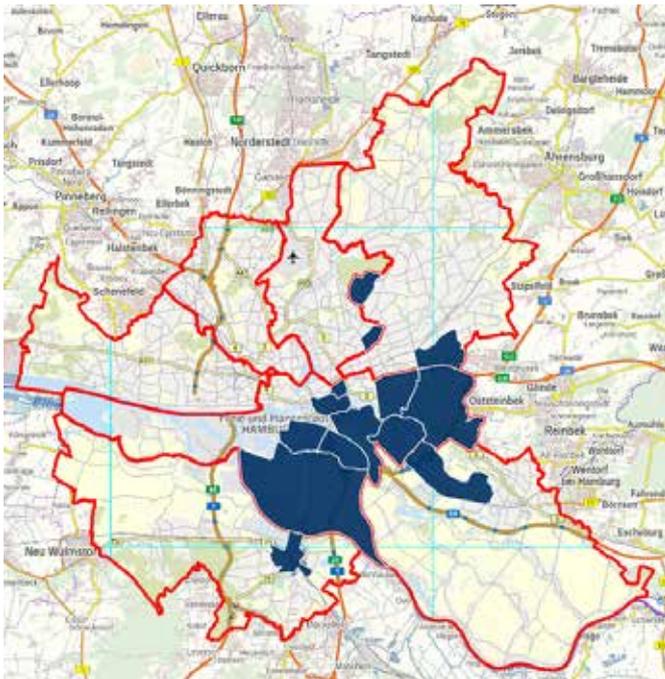
Abb. 2: »Anteil der Schüler:innen in Stadtteilschulen in % (2020/21)«

das ist eindeutig ablesbar. Dies belegt auch der Regionale Bildungsatlas des Instituts für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung, der gerade veröffentlicht wurde.⁶ [s. folgende Abb.]



In diesem digitalen Atlas können wir zusätzlich andere sozialstatistische Daten heranziehen. Zum Beispiel den überdurchschnittlichen Anteil von unter 15-jährigen Hilfebedürftigen (d. h. dort werden die Stadtteile angezeigt, »in denen die Anteile der unter 15-jährigen Kinder und Jugendliche in Mindestsicherung mehr als eine Standardabweichung vom gesamtstädtischen Mittelwert abweichen und damit als überdurchschnittlich hohe Werte eingestuft werden«, heißt es in der Erläuterung [s. Abb. nächste Seite oben links].

⁶ <https://geportal-hamburg.de/bildungsatlas/>



Wir sehen wieder deutliche Überschneidungen mit der Zahl der Schüler:innen an Stadtteilschulen, was erhöhte Anforderungen an die schulische soziale Arbeit bedeutet.

Hinsichtlich der Gymnasien bietet sich ein Bild, deckungsgleich zum Arbeitslosenanteil: Dort wo wenig Menschen arbeitslos sind, wo wenige in SGB II-Bedarfsgemeinschaften wohnen, dort, wo – kurz gesagt – die Reichen Hamburgs wohnen, gehen die Kinder mehrheitlich auf das Gymnasium [s. Abb. oben rechts].

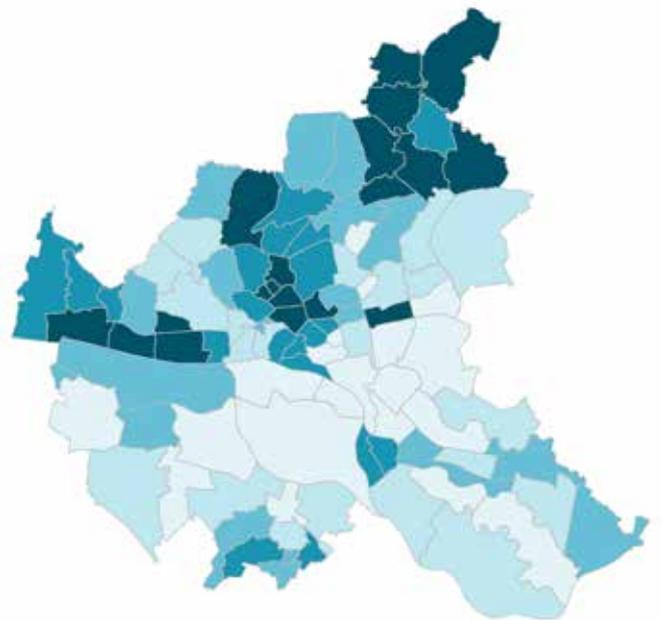
Zum Teil heißt dies ein (nicht unbedingt gewolltes) easy going dahingehend, dass es gut ausgestattete Gymnasien und »bester Lage« gibt, die keine Internationalen Vorbereitungsklassen mit jüngst eingewanderten Schüler:innen oder diagnostizierte Inklusionsförderung nach § 12 des Schulgesetzes haben.

Es lässt sich auch sehen, wie eine unserer Anfragen wiederholt gezeigt hat, dass die Schulen mit geringem Sozialindex (also 1 bis 3) wesentlich mehr unbesetzte Lehrer:innen-Stellen haben, als Schulen mit einem hohen Sozialindex (vor allem 5 und 6).⁷

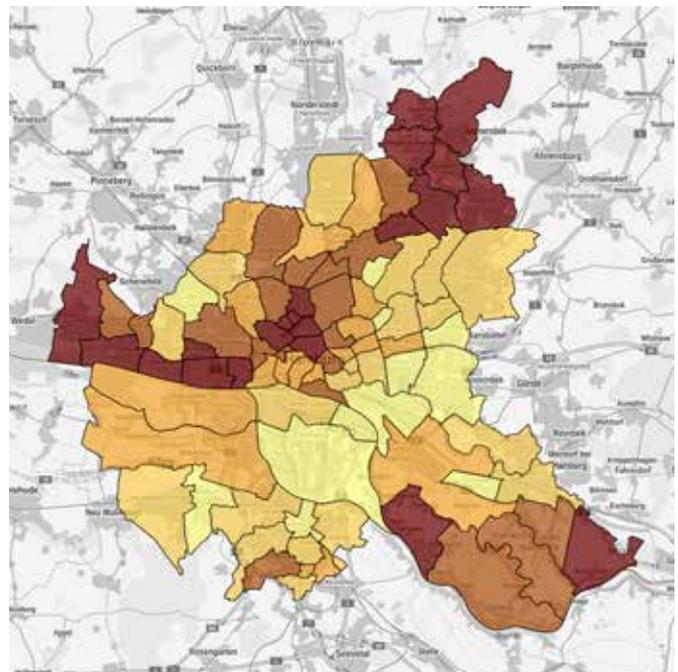
Helfen solche digitalen Atlanten, in denen sozial- und schulstatistische Angaben visualisiert werden, bei der Schärfung der Erkenntnis, dass Hamburg eine sozial und ökonomisch gesplattene Stadt ist? Ja, sie kartieren diese Ungleichheit, wenn auch mit zum Teil weichen Indikatoren. Aber aufschlussreich ist die Zusammenführung von Daten zu einem verbundenen Bild. Überblenden wir die Karten mit denen der Wahlergebnisse und der Wahlbeteiligung.⁸ [s. Abb. rechts].

Es bestätigt sich: Dort wo mehr ökonomische Ressourcen sind, gehen mehr Menschen zur Wahl. Und dort, wo mehr

Infrastruktur und Verkehr >> Anteil der Schüler:innen in Gymnasien in % (2020/2021)



Geld ist, werden auch mehr die Parteien, die das dementsprechende Interesse vertreten, gewählt: die relativ hohen Wahlergebnisse der FDP und CDU in Hamburgs Norden und in den Elbvororten sprechen für sich.



Doch braucht Hamburg bei dieser SPD eine CDU, um den Interessen des Kapitals zu folgen?

⁷ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/77843/krankenschule_wie_schlagen_die_belastungen_durch_corona_in_den_schulen_durch.pdf (Anlage 3)

⁸ <https://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/interaktive-karten-zu-den-wahlen-und-abstimmungen-in-hamburg>

»Armut in der Pandemie«

Der Paritätische Armutsbericht 2021

Einmalig 1989 und seit 2009 dann jährlich gibt der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (Der Paritätische) einen Armutsbericht heraus. Durch seine regelmäßige Erscheinungsweise und eine vergleichsweise unabhängige Sicht auf die

Entwicklung in unserem Land bietet er wie kaum ein anderes Material Einsichten und Vergleichsmöglichkeiten zur sozialen Lage (www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbericht/).



Der Mitte Dezember vorgelegte Paritätische Armutsbericht 2021 ist auf 32 Seiten dem Thema »Armut in der Pandemie« gewidmet und lässt nicht nur Aussagen zur bundesdeutschen Entwicklung, sondern auch zu den einzelnen Bundesländern zu. Laut neuester Analyse hat die Armutsquote in Deutschland mit 16,1 % (ca. 13,4 Mio. Menschen) im Pandemiejahr 2020 einen neuen Höchststand erreicht. Neben den bekannten benachteiligten Gruppen sind dieses Mal als »Corona-Verlierer« vor allem massenhaft Selbstständige hinzugekommen, die unter das Existenzminimum gefallen sind.

Aus dem Paritätischen Armutsbericht, S. 30:

Tabelle A1: Armutsquoten nach Bundesländern seit 2005 (Landesmedian)

Armutsquoten in % (Landesmedian)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020*
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	18,3	18,7	18,4	17,9	19,0

Besonders drastisch hat sich die Lage in Hamburg verändert. Dort lag nach Angaben des Paritätischen die Armutsgefährdungsquote im Jahre 2019 noch bei 15,9 %, im vergangenen Jahr stieg er mit 17,8 % beträchtlich an, während der Bundesdurchschnitt bei den besagten 16,1 % lag. »Dass die Zahlen nicht dramatischer gestiegen sind, liegt an den rasch vom Bund und Hamburger Senat ergriffenen Maßnahmen wie dem

Kurzarbeiter- und dem Überbrückungsgeld«, zitiert die »elbvertiefung« vom 17. Dezember die Geschäftsführerin des Paritätischen Hamburg, Kristin Alheit. »Viele Beschäftigte mussten zwar Einkommenseinbußen hinnehmen, rutschten aber nicht in die Armut ab.« Immerhin das, aber gleichzeitig sei »die Not derer, die bereits in Armut lebten, durch Corona gewachsen – etwa durch das Verschwinden von Pfandflaschen aus dem öf-

fentlichen Raum und das eingeschränkte Angebot der Tafeln. Besonders hoch ist dem Bericht zufolge das Armutsrisiko bei Familien mit drei und mehr Kindern sowie bei Alleinerziehenden.« Eines ist klar: »Hamburger Armutsquote auf neuem Höchststand« (*Hinz&Kunzt*, online am 16.12.2021; www.hinzundkunzt.de/armutsbericht-hamburger-armutsquote-auf-neuem-hoehchststand/).

Zwei längere Zitate mögen belegen, was der Bericht an Fakten und Einschätzungen, aber auch an Kritikpunkten und Forderungen bringt, z. B. dieser Passus: »Ansonsten dauerte es trotz des pandemiebedingten Wegfalls vieler Hilfsangebote wie der Tafeln, des kostenlosen Schulessens oder der Sozialkaufhäuser und trotz der zusätzlichen Kosten für Desinfektionsmittel oder Masken, fast ein ganzes Jahr, bis sich die Große Koalition dazu durchringen konnte, auch an alle erwachsenen Bezieher*innen von Hartz IV und von Altersgrundsicherung wenigstens eine einmalige kleine Zahlung von 150 Euro zu leisten. Ausgezahlt wurde das Geld dann im Mai 2021. Auch brauchte es erst einschlägige Gerichtsurteile, bevor das Bundesarbeitsministerium in 2021 der Arbeitsverwaltung endlich Anweisung gab, notwendige Ausgaben zur digitalen Teilhabe am Unterricht als Mehrbedarf anzuerkennen. Die Pandemie traf und trifft Arm und Reich sehr unterschiedlich hart« (S. 3).



Interessant ist auch der Abschnitt, in dem der Paritätische eine der Hauptursachen für die Verarmung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung erkennt: »In vielen Teilen Deutschlands sind in den vergangenen Jahren die steigenden Mieten zu einem neuen Armutsrisiko geworden. Über elf Millionen Menschen lebten zuletzt in Haushalten, in denen die Wohnkosten eine ernste finanzielle Belastung waren. Besonders betroffen sind die Ballungsgebiete, aber längst nicht mehr nur sie: In vielen Großstädten sind die Angebotsmieten zwischen 2014 bis 2019 um 30 Prozent oder mehr gestiegen. In München liegen sie aktuell im Mittel über 19 Euro pro Quadratmeter. Mietpolitik ist vor diesem Hintergrund auch eine Politik der Prävention von Armut. Der Koalitionsvertrag spricht davon, das Wohngeld stärken zu wollen und eine Klimakomponente einzuführen. Wenn dies engagiert genug erfolgt, hätte es durchaus positive Effekte bezüglich der Einkommensarmut und erfahrungsgemäß auch auf die Zahl der Altersgrundsicherungsbezieher*innen. Was jedoch eine Mietpreisdämpfungspolitik anbelangt, hat die neue Bundesregierung trotz des Problemdrucks nur Maßnahmen angekündigt, die kurz- und mittel-

fristig den Status quo weitgehend fortschreiben, obwohl die nur sehr begrenzte Wirksamkeit der Instrumente hinlänglich bekannt ist. So soll die bestehende Mietpreisbremse bis 2029 verlängert werden und die Kappungsgrenze auf elf Prozent in drei Jahren abgesenkt werden. Aus Sicht des Paritätischen reicht dies nicht aus, um die Mietpreise wirkungsvoll einzudämmen. Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen sind auf den Ausgleich allgemeiner Preissteigerungen zu begrenzen, höchstens jedoch auf eine Erhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete um maximal zehn Prozent innerhalb von drei Jahren und in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten auf maximal sechs Prozent in drei Jahren« (S. 24 f.).

Wer sich für die soziale Entwicklung in Deutschland interessiert, sollte die **Armutsberichte des Paritätischen von 1989 bzw. seit 2009** heranziehen. Sie haben alle einen bestimmten Schwerpunkt und stehen sämtlich noch im Netz. Hier der Link zu den Berichten:

www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbericht/armutsberichte-von-1989-bis-heute/



In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal an eine 18-seitige Studie der Bertelsmann-Stiftung zur »Kinderarmut in Deutschland« vom Juli 2020 erinnert (www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinderarmut-in-deutschland). Darin wird für Hamburg u. a. angeführt, dass zwischen 2014 und 2019 rund 20% der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre im SGB-II-Bezug standen (S. 10). Auch aus diesem »Factsheet« noch die zentralen Erkenntnisse (S. 1):

Das Wichtigste in 5 Punkten

- 1 Mehr als jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf. Das sind 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.
- 2 Die Kinder- und Jugendarmut verharrt seit Jahren auf diesem hohen Niveau. Trotz langer guter wirtschaftlicher Entwicklung sind die Zahlen kaum zurückgegangen. Kinderarmut ist seit Jahren ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland.
- 3 Die Corona-Krise wird die Situation für arme Kinder und ihre Familien weiter verschärfen. Es ist mit einem deutlichen Anstieg der Armutszahlen zu rechnen.
- 4 Aufwachsen in Armut begrenzt, beschämt und bestimmt das Leben von Kindern und Jugendlichen – heute und mit Blick auf ihre Zukunft. Das hat auch für die Gesellschaft erhebliche negative Folgen.
- 5 Die Vermeidung von Kinderarmut muss gerade jetzt politisch Priorität haben. Sie erfordert neue sozial- und familienpolitische Konzepte. Dazu gehören Strukturen für eine konsequente Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und eine Absicherung ihrer finanziellen Bedarfe durch ein Teilhabegeld oder eine Grundsicherung.

Tipps und Termine

Was Hamburg braucht, so lautet ein neuer **Webauftritt der Hamburger Linksfraktion**. In anderthalb Minuten machen die Abgeordneten in persönlichen Statements klar, warum es in unserer Stadt geht und was die Alternativen der LINKEN sind. Guckst du hier: www.linksfraktion-hamburg.de/allgemein/was-hamburg-braucht/.



Eine schöne weil für Gruppen vor Ort durchaus anregende Pressemeldung verbreitete am 11. Januar die **Linksfraktion Eimsbüttel**. Dort war nämlich durch einen »kleinen **Antrag zur Wiederherstellung eines Gehweges** eine kleine Lawine zur Sanierung aller betroffenen Gehwege in Eimsbüttel ausgelöst« worden (www.linksfraktion-eimsbuettel.de/topmeldung-im-detail/pm-gutzeit-stolperfallen-wieder-zu-gewegen-machen/). Der Ausgangspunkt dieser zur Abwechslung mal positiven Welle war eine Stolperstelle auf Höhe des Eppendorfer Weges 62. Der Sanierungsantrag



(Foto: Linksfraktion Eimsbüttel)

wurde vom Kerngebiete-ausschuss einstimmig übernommen, hat aber auch eine **umfassende Recherche nach weiteren Stolperfallen** ausgelöst, denen es jetzt »an den Kragen« geht. Der Initiator der Aktion, der Links-Abgeordnete Peter Gutzeit: »Wie so oft in der Regionalpolitik sind es die kleinen Dinge, die das Leben angenehmer machen können. Ich bitte deshalb alle Eimsbüttlerinnen und

Eimsbüttler, defekte und gefährliche Stolperfallen auf ihren Gehwegen der Verwaltung zu melden. Sie ist unter Tel. 42801-0 oder per E-Mail unter mr@eimsbuettel.hamburg.de zu erreichen.«

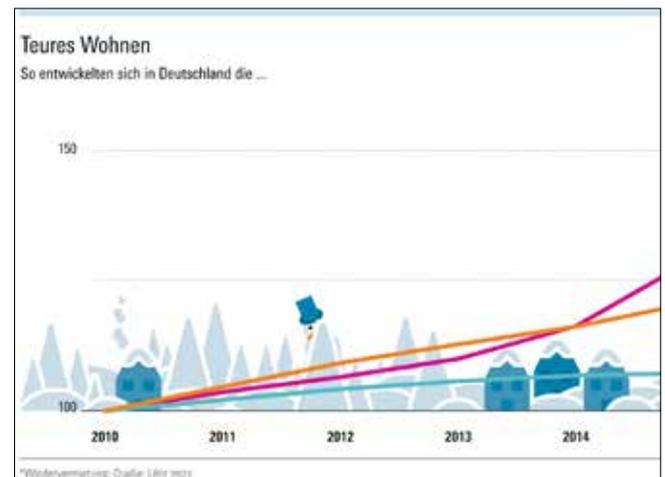
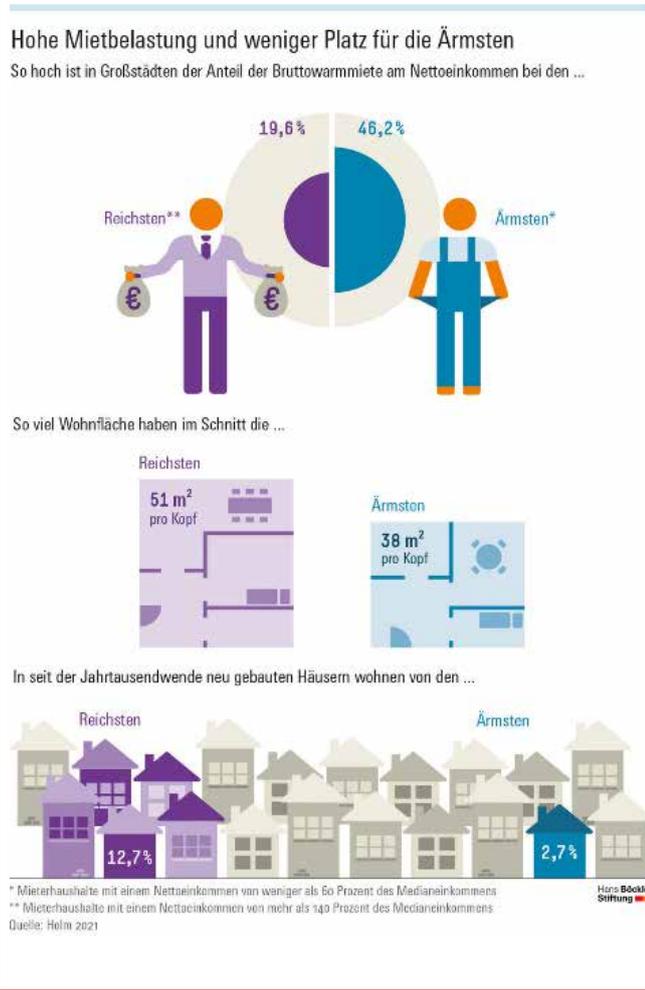
Ende Dezember hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAW) aktuelle Zahlen über die Wohnungslosen vorgestellt. Danach waren nach Schätzung der BAW im Jahre 2020 deutschlandweit rund **256.000 Menschen wenigstens zeitweilig ohne eine reguläre eigene Wohnung**, ein Zuwachs von acht Prozent gegenüber 2018 (237.000). Ungefähr 45.000 dieser Betroffenen lebten obdachlos auf der Straße. Mehr Infos dazu hier: www.jungewelt.de/artikel/417124.opfer-des-kapitalismus-256-000-wohnungslose.html.

Neuss und die Wohnungsnot, so lautet der Titel eines dreiminütigen **Filmbeitrags**, der am 4. Januar im ZDF gelaufen ist. Auch in der Stadt am Niederrhein sind die Wohnungen knapp und teuer. Und so ist in Neuss eine städtische Wohnungsbaugesellschaft gegründet worden, die nun intensiv die Möglichkeit des kommunalen Vorkaufsrechts nutzt. So gehts eben auch: www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/neuss-und-die-wohnungsnot-100.html.

Und wo wir gerade bei der medialen Aufbereitung von Themen sind, sei auch etwas für die Ohren empfohlen, z. B. der **Stadtentwicklungs-Podcast »Was wird aus Hamburg?«**, den das Hamburger Abendblatt seit einiger Zeit herstellt und zur freien Verfügung ins Netz stellt. In den bisherigen gut zwei Dutzend, jeweils gut halbstündigen, von Matthias Iken moderierten Beiträgen geht es u. a. um die Neue Mitte Altona, den Elbtower, die Bürger:innenbeteiligung und die Verkehrswende – einen Überblick über die Themen gibt es hier: www.abendblatt.de/podcast/was-wird-aus-hamburg/. Seit dem 30. Dezember 2021 ist beispielsweise ein 37-minütiger Audiomitschnitt zu empfangen, in dem der Verkehrs- und **Bahnkritiker Arno Luik** Position bekennt. Der Autor des Buches »Schaden in der Oberleitung – Das geplante Desaster der Deutschen Bahn« lässt sich in dem interview vor allem über die Irrwege der Bahn, die Aufgabe des Bahnhofs Altona und den Umzug nach Diebsteich sowie die Vorzüge der Stadtbahn aus: www.abendblatt.de/podcast/was-wird-aus-hamburg/article234205387/Der-Mensch-ist-keine-Rohrpost.html.

Mehr als zwei Millionen Mieter in prekärer Lage, so titelte der **Böckler Impuls** – das Periodikum der gewerkschaftsverbundenen Hans-Böckler-Stiftung (HBS) – in der Nr. 13/2021 schon im Herbst letzten Jahres. »Fast 13 Prozent der Mieterhaushalt in deutschen Großstädten haben nach Abzug der Miete weniger als das Existenzminimum zur Verfügung«, steht dort zu lesen. Besonders stark betroffen seien Haushalte von Alleinerziehenden, wie eine von Andrej Holm und anderen Wissenschaftler:innen im August letzten Jahres veröffentlichte HBS-Studie belegt. Dem Artikel lassen sich viele weitere Erkenntnisse entnehmen (www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-mehr-als-zwei-millionen-mieter-in-prekarer-lage-35350.htm). Wer das ausführliche, 234-seitige HBS-Working-Paper **Muster sozialer Ungleichheit der Wohnversorgung in deutschen Großstädten** bevorzugt, schaut hier: www.boeckler.de/fpdf/HBS-008072/p_fofoe_WP_222_2021.pdf. Und wer es grafisch möchte, findet vielleicht einen Zugang in dieser Form:

Und weil die Böckler-Stiftung seit einigen Jahren einen Schwerpunkt in der Erforschung der Wohnungslage gesetzt hat und an alternativen Konzepten arbeitet, sei hier gleich auch noch der Böckler Impuls Nr. 20/2021 angeführt. Darin findet sich der Artikel Gemeinwohl statt Gewinnmaximierung. Nachgewiesen wird darin, dass bezahlbarer Wohnraum für alle nur durch politische Steuerung zu erreichen ist. Entwickelt werden daher neue Konzepte der Wohnraumförderung und eine vorausschauende kommunale Bodenpolitik (www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-gemeinwohl-statt-gewinnmaximierung-37605.htm). Wer wiederum die Grundlage für diesen Artikel, die 196-seitige HBS-Studie »Soziale Wohnungspolitik. Zeitgemäße Konzepte und Instrumente« von Dirk Lohr lesen möchte, macht sich hier schlau: www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008198. Aus dem betreffenden Beitrag im Böckler Impuls stammt die nachfolgende Grafik (www.boeckler.de/data/impuls_2021_20_S4-5.pdf).



Am 1. Januar 2022 jährte sich **zum 50. Mal das deutsche Wohnraumkündigungsschutzgesetz**. Wer Interesse an einer **zweiminütigen Geschichtslektion** dazu hat, sollte sich den Artikel »Sternstunde für die Mieter«, erschienen auf der Homepage des Berliner Mietervereins anschauen: www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm1121/50-jahre-wohnraumkueundigungsschutzgesetz-sterne-stunde-fuer-die-mieter-112119.htm.

Das bundesweite **Netzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«** gibt eine Reihe mit interessanten Titeln zu schulischen Problemen heraus. Themen waren u. a. »Die Rolle der Schulsozialarbeit«, »Identitätspolitik und Schulen« und »Antimuslimischer Populismus«, allesamt zum Preis von jeweils 2,50 Euro erschienen in der **Reihe »Bausteine«**. »In der Publikationsreihe Bausteine werden von Wissenschaftler:innen, Pädagog:innen und Publizist:innen pädagogische und gesellschaftspolitische Aspekte der Frage diskutiert, wie eine dem Schutz der Würde aller Menschen verpflichtete Schule verwirklicht werden kann.« Eine Übersicht über die Publikationen gibt es unter www.schule-ohne-rassismus.org/produkt-kategorie/publikationen/bausteine/. Zuletzt wurde in dieser Reihe im November 2021 als 12. Baustein das 52-seitige Werk **Das postkoloniale Klassenzimmer** von Mark Terkessidis. Es im Netz **kostenfrei** herunterzuladen: www.schule-ohne-rassismus.org/wp-content/uploads/2021/12/Baustein_12-WEB.pdf.

Es ist ja keineswegs so, dass in der Pandemie – allen Unkenrufen, Frustrationen und Ängsten zum Trotz – nichts an **Aktivitäten von unten** gelaufen wäre. An dieser Stelle sollen einmal alle diese Gruppen gewürdigt werden, die sich nicht kleinkriegen lassen, der Senatspolitik Paroli bieten und sich für die Interessen der Menschen vor Ort einsetzen. Ein gutes Beispiel dafür – stellvertretend für viele andere Inis und Vereine – ist die **Initiative Sternbrücke** (<https://initiativesternbruecke.org/>). Ihre Anfang Januar verbreitete **Zwei-Jahres-Bilanz** sieht reichlich Bewegung für den Erhalt der sanierungsfähigen Sternbrücke und gegen die geplante Monsterbrücke vor: 40 Kreisellkonzerte, Aktionen (wirvier-kollektiv.de/de/projekte/aktion-sternebruecke), ein dreiviertelstündiger Film (www.youtube.com/watch?v=X4q1n4rEHgA), ein 88-seitiges Buch (www.st-pauli-archiv.de/aktuell/die-sternebruecke

cke) und nicht zuletzt die Entwicklung eines wichtigen stadtentwicklungspolitischen Manifests zusammen mit weiteren Initiativen aus der Nachbarschaft (www.sogehstadt.hamburg/index.html). Und der Widerstand hat durchaus Wirkung gezeigt, eine wenigstens um Monate verzögerte Planung, Zusagen für eine umfangreichere Beteiligung und die gemeinsame Planung für ein Kulturhaus. Chapeau, liebe Initiative Sternbrücke!

STERNBRÜCKE BLEIBT!

AKTIV WERDEN, BEVOR ES ZU SPÄT IST.



Mitte Dezember hatte der erst vor Kurzem vom Senat eingesetzte Hamburger Klimabeirat ein erstes Positionspapier veröffentlicht, das verschiedentlich auf Vorbehalte bis Ablehnung stieß, insbesondere die Halbierung des Wohnungsbaus auf 5.000 Wohneinheiten pro Jahr. Im Interesse einer ökologischen Wende wird aber auch Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit und eine Abkehr vom Wahn des ewigen Wirtschaftswachstums gefordert. Am **Montag, den 24. Januar**, tagt nun der **3. Hamburger Klimagipfel** unter dem Titel »Klimaplan und Klimaschutzgesetz – handeln statt verhandeln«. Und um 18.00 Uhr gibt es eine **Debatte zu den Themen des Klimabeirats**. Teilnehmende sind neben der Moderatorin Anke Butscher Senator Jens Kerstan, die Vorsitzende des Hamburger Klimabeirats Prof. Dr. Daniela Jacob, Bente Hesselund Andersen von der Kopenhagener Gruppe *Friends of the Earth Dänemark* sowie der BUND-Geschäftsführer Lucas Schäfer. Ein bisschen kann angesichts der Podiumszusammensetzung bezweifelt werden, dass auch kritische Stimmen



Emblem des Hamburger Klimagipfels

vernehmbar werden. Die Veranstaltung wird als Zoom-Übertragung laufen, Interessierte melden sich hier an: www.hamburger-klimagipfel.de.



Ist wirklich schon länger ein Thema (aus der »taz« vom 13./14.11.2021)

Für **Donnerstag, den 27. Januar**, 17.30 Uhr, bereiten verschiedene Stadtteilinitiativen aus Altona und St. Pauli eine **Kundgebung** vor dem Altonaer Rathaus vor, um **gegen die Entwicklung auf dem Holstenareal** zu protestieren (siehe dazu ausführlich auch den letzten »Bürger:innenbrief«). Gefordert wird vor allem, dass der Senat keinen Vertrag mit dem Spekulanten und sog. Investor, der Adler Group, abschließen und eine Kommunalisierung des Baugeländes betreiben solle. Den vollständigen Aufruf zur Kundgebung unter der Parole »Den Neubeginn wagen!« gibt es hier: www.knallt-am-dollsten.de/.

Im Kalender können sich engagierte Menschen schon mal **Montag, den 14. Februar**, notieren, denn dann tritt das 8. Immobilienforum Hamburg zusammen (https://www.managementcircle.de/fileadmin/user_upload/PDF/Programme/m04985.pdf). Den ganzen Tag tauschen sich etliche Großkopfeten aus Politik (Dressel, Höing, Thomas), Verbänden (Breitner) und Immowirtschaft (Herzberg/SIGNA, Fründt/Consus Real Estate) über die **Zukunftsperspektiven für den Immobilienmarkt Hamburg** aus – die Politik hat ja auch kaum was Besseres zu tun. Auch wer nicht den »100 Euro Frühbucher-Rabatt bis zum 30.11.2021« in Anspruch genommen hat, kann die komplette Jahrestagung für **schlappe 1.595 Euro** buchen, Hotel, Essen, Dokumentation und Abendveranstaltung inklusive. »Ab dem dritten Teilnehmer 10 Prozent Preisnachlass«, was will mensch mehr? Im Kalender vormerken ließe sich – noch mit Bleistift – vielleicht auch »12.30 Uhr Hotel Hafen Hamburg«, ein möglicher Termin für alle diejenigen, die es gerade nicht in den Tagungssaal geschafft haben.

Ende letzten Jahres ist ein **neues Buch von Andrej Holm** herausgekommen. In diesem 216-Seiten-Werk mit dem Titel **»Objekt der Rendite«** beleuchtet der Berliner Sozialwissenschaftler die aktuellen Wohnverhältnisse. Ausgehend von Friedrich Engels und seiner Schrift »Zur Wohnungsfrage« aus dem Jahre 1872 geht Holm vor allem auch auf die veränderten Bedingungen ein, wie der Dietz-Verlag unterstreicht: »Feministische Ansätze zur Reproduktion von Geschlechterrollen in den Wohnverhältnissen, ökologische Herausforderungen der fortwährenden Urbanisierung und regulationstheoretische Überlegungen zur Reichweite von staatlichen Eingriffen in das Wohnungswesen prägen die wohnungspolitischen Diskussionen der letzten Dekaden und haben die klassische Wohnungsfrage um neue Facetten erweitert« (16,- Euro, ISBN: 978-3-320-02388-1).

Ein Abdruck aus dem vierten Kapitel (»Wohnungspolitik zwischen Revanche, Reform und Revolution«) ist am 8. Dezember in der *jungen welt* erschienen (www.jungewelt.de/artikel/416152.wohnen-revanche-der-bourgeoisie.html). Wir nehmen hier ein paar Zeilen daraus auf:

»Auch wenn der Umbau der Städte nach den Wünschen des Kapitals vielerorts nicht mehr mit der Abrissbirne durchgesetzt wird – die umfassende Verdrängung der bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner wird immer noch regelmäßig in Kauf genommen und rhetorisch gerechtfertigt. (...) »Es gibt kein Recht auf Wohnen in der Innenstadt« hat sich in vielen wohnungspolitischen Debatten zum Bonmot entwickelt, das die Immobilienverbände gern verbreiten. (...) Die Reichen wohnen, wo sie wollen, die Armen, wo sie müssen. (...) Friedrich Engels hatte apodiktisch erklärt: »Um dieser Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen.« Aber die drängenden Probleme auf eine Zeit nach der Lösung von vorgeblichen Hauptwidersprüchen zu verschieben ist keine wirkliche Alternative. Dennoch sollte man Engels' Kritik ernst nehmen, um sich der Beschränkungen der jeweiligen Regulierungen und Forderungen bewusst zu werden. Denn bei allen Zugeständnissen, die dem Kapital in einzelnen Feldern abgetrotzt werden können, zeigt die Geschichte der Wohnungspolitik auch, dass das Streben nach Gewinnmaximierung nie wirklich verschwindet.«

Für ein Recht auf Erinnerung

Das Lagerhaus G und die Initiative Dessauer Ufer

Von Markus Fiedler & Kevin Siems / Initiative Dessauer Ufer

Lange Zeit sah es danach aus, als würde das Lagerhaus G, wie in Hamburg bei alten Baudenkmalern üblich, dem Verfall überlassen, bis es einem überteuerten Neubau nicht mehr im Wege steht. Schließlich symbolisiert es die südliche Speerspitze des künftigen HafenCity-Erweiterungsgebietes auf dem Kleinen Grasbrook. Doch wie kaum eine andere Immobilie stellt die Geschichte des Lagerhaus G die Planer:innen vor

ganz besondere Herausforderungen. Der aktuelle Eigner des denkmalgeschützten, ehemals städtischen Bauwerks lässt kein klares Konzept zum Erhalt oder seiner künftigen Nutzung erkennen. Es droht sich vielmehr zu wiederholen, dass ein geschichtsträchtiger Ort durch Kommerzialisierung unkenntlich gemacht wird – dieses Hamburger Modell stößt auf unseren Widerstand.



Ansichten vom Lagerhaus G (alle Fotos in diesem Beitrag: M. Fiedler)

Aber einmal auf Anfang: Worum geht es hier überhaupt? Das Lagerhaus G ist ein 1903 bis 1907 erbauter Stückgutsspeicher. Es befindet sich am Dessauer Ufer, direkt hinter dem S-Bahnhof Veddel. Hier lagerte anfangs die HHLA im großen Stil Kaffee ein; vor und nach dem Krieg pachtete es die Firma Reemtsma zur Rohabaklagerung. In den Jahren 1944/45 jedoch nutzte es die SS als Außenlager des KZ Neuengamme und internierte dort zuerst 1.500 als Jüdinnen verfolgte Frauen, vor allem aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen, und anschließend über 2.000 männliche KZ-Häftlinge aus ganz Europa. Zudem befanden sich hier italienische Militärinternierte sowie sowjetische und französische Kriegsgefangene. All diese Menschen aus dem Lagerhaus G wurden unter menschenunwürdigen Bedingungen zur Zwangsarbeit im Hafengebiet eingesetzt. Bei einem der vielen Luftangriffe auf den Ha-

fen im Herbst 1944 traf eine Bombe das Krankenrevier des Lagerhaus G, wodurch mindestens 150 KZ-Häftlinge ums Leben kamen. Darüber hinaus erlitten etliche Menschen Hunger, Kälte, Krankheit, der harten Arbeit und den Misshandlungen durch das Wachpersonal.

Von Geschichtsvergessenheit und Verantwortungslosigkeit

Die Verantwortung für den Einsatz der verschiedenen Häftlingsgruppen lag bei der Stadt Hamburg und ihren Behörden. Insbesondere die kriegswichtige Mineralölindustrie, aber auch die Reichsbahn, die Hamburger Wasserwerke und die Werften profitierten von diesem Einsatz. Das Lagerhaus G war nicht nur das größte Frauenaußenlager des KZ Neuengamme – es ist außerdem das einzig komplett erhaltene der insgesamt 15

Außenlager, die es im Stadtgebiet gab. Nach Kriegsende wurde es von der HHLA und Reemtsma zügig wieder genutzt und blieb baulich unverändert, sodass sich bis heute an verschiedensten Stellen Zeugnisse aus der Zeit der Außenlagernutzung finden lassen: Im Keller gibt es die Texttafel eines sowjetischen Kriegsgefangenen, außerdem einen Holzverschlag, der vermutlich vom Wachpersonal genutzt wurde und den Anschein erweckt, seitdem nie angetastet worden zu sein. In anderen Bereichen des Lagerhauses tauchten bei Renovierungsarbeiten verschiedene von Gefangenen versteckte Gegenstände auf. Es ist zu erwarten, dass sich noch einiges mehr an Spuren in ihm verbirgt.



Die historische Bedeutung des Lagerhaus G ist unverkennbar. Dass das Gebäude bis 2013 innerhalb der Freihafenzäune lag, wird dazu beigetragen haben, dass es bis dato jenseits der öffentlichen Aufmerksamkeit lag. Nichtsdestotrotz ist der desaströse Zustand des Gebäudes sowie das fehlende Engagement zu seinem Erhalt seitens der aktuellen Besitzer und der Stadt nicht weniger als ein Skandal. Eine umfassende Erforschung und die Sanierung des Gebäudes sind überfällig. Der Plan der Stadt Hamburg, das ehemalige Hafengebiet des Grasbrook in einen »Innovationsstadtteil« zu verwandeln, verlangt nun von ihr, einen Umgang mit dem Gebäude und seiner Geschichte zu finden. Dass es sich in Privatbesitz befindet, macht die Sache nicht einfacher. Die sich wiederholende Praxis der Stadt Hamburg, Orte nationalsozialistischer Verbrechen privaten Investor:innen an die Hand zu geben und zu erwarten, dass diese dort einen angemessenen Gedenkort schaffen, ist mindestens naiv und hochgradig verantwortungslos. Die Situation am Stadthaus spricht Bände: Bis 1943 Hamburger Polizeipräsidium sowie Sitz der Gestapo, also ein Ort des Terrors und der Organisation nationalsozialistischer Gewalt und Repression, ist er heute ein Luxuseinkaufszentrum. Der zugesicherte Gedenkort wurde in die Ecke eines Buchladens verbannt. Auch am Hannoverschen Bahnhof, dem Ort, von dem aus tausende Juden und Jüdinnen, Sinti:zze und Rom:nia in die Ghettos und Vernichtungslager deportiert wurden, führen gedankenlose Investoreninteressen und Verwertungslogik zu einer unangebrachten Konstellation: In den oberen Stockwerken des im Bau befindlichen Dokumentationszentrums darf sich Wintershall DEA einmieten, eine Firma, die massiv von der Aufrüstung im NS sowie von Zwangsarbeit und »Arisierungen« profitiert hat. Hierdurch wird eine neuerliche Nähe zu den Täter:innen er-

zeugt, die die Angehörigen und Opferverbände zu Recht aufs Schärfste ablehnen.

Das ehemalige Lagerhaus G als Erinnerungsort der Zukunft durchsetzen

Derartige Vorgänge dürfen sich am Lagerhaus G und anderswo nicht wiederholen! Die Initiative Dessauer Ufer hat sich daher 2017 nicht nur gegründet, um den Erhalt und die Erforschung des Lagerhaus G einzufordern, sondern auch, um das Gebäude als Erinnerungsort der Zukunft anders zu denken: Wir plädieren für eine Nutzung, die soziale, kulturelle und bildungspolitische Aspekte in den Vordergrund rückt, getragen von einer kollektiven (z.B. genossenschaftlichen) Organisationsform. Es mangelt in den angrenzenden Stadtteilen erheblich an solchen Räumen. Diese hier unterzubringen könnte sicherstellen, dass die Nutzung des Ortes nicht in Widerspruch mit seiner Funktion als Erinnerungsort gerät. Formen solidarischen Wirtschaftens durch Kollektive, Handwerksbetriebe, Ateliers, Probenbühnen, Bibliotheken könnten dabei denkbare Puzzlesteine für die Zukunft des Hauses sein. Im Gebäude muss unabhängig davon Raum gelassen werden für die Begegnung mit seiner Geschichte. Die Nutzung als Außenlager hat sich durch das ganze Gebäude gezogen, daher sollte die Erinnerung daran sprichwörtlich auf allen Ebenen ermöglicht und nicht auf einen Winkel beschränkt bleiben. Vermeintliche Zwänge von Wirtschaftlichkeit und Verwertungslogik dürfen keine begrenzenden Faktoren darstellen.

Es gibt keinen Erinnerungsort, der nicht in irgendeiner Weise erkämpft werden musste. Wir sind bereits dabei. Wir rufen Interessierte auf, sich daran zu beteiligen, denn um das Lagerhaus G zu einem angemessenen Erinnerungsort und zu einem Ort der Begegnung zu machen, braucht es viele Engagierte. Stadtplanung kann sich nicht darin erschöpfen, alles neu zu gestalten und historisch relevante Orte entweder unterzupflügen oder unter dem Diktat der Wirtschaftlichkeit neu zu formatieren. Eine erinnerungszugewandte Stadtplanung nimmt die Herausforderung an und baut auf dem Gedächtnis des Ortes auf. Das Lagerhaus G bietet die Chance, aus der Vergangenheit zu lernen und diese in die neuen Stadträume zu integrieren. Darum fordern wir das Recht auf Erinnerung ein.



Wir danken Markus Fiedler und Kevin Siems von der Initiative Dessauer Ufer für diesen eigens angefertigten Beitrag.

In Erinnerung an die 20 Kinder vom Bullenhuser Damm

Von Michael Joho

Ich kenne eine Reihe von KZ-Gedenkstätten in Deutschland, ich besuchte die Relikte der großen NS-Vernichtungslager auf polnischem Boden, ich habe in Auschwitz-Birkenau wiederholt den Atem angehalten ob der unglaublichen Weite dieser Anlage mit ihrer von der SS vergeblich zerstörten Tötungsfabrik. Die meisten Tränen aber weinte ich in Hamburg, in der Schule am Bullenhuser Damm. Ich habe diesen kleinen Gedenkort in Rothenburgsort wiederholt mit Gruppen besucht und jedes Mal beschlich mich ein Gefühl des Grauens und der Verlorenheit, zumal in der Tristesse der das Gebäude heute umgebenden Industrielandschaft. Hier war ich nicht mit dem unfassbaren Leid von *Hunderttausenden* konfrontiert, hier waren es *20 jüdische Kinder*, für Menschenversuche missbraucht und am 20. April 1945 von den Nazis zu Tode gespritzt bzw. erhängt, um Zeug:innen vor den heranrückenden Befreier:innen verschwinden zu lassen. Mit ihnen starben im Keller der Schule in der Nacht auf den 21. April vier die Kinder liebevoll betreuende KZ-Häftlinge und mindestens 24 sowjetische, unbekannt gebliebene Kriegsgefangene.

Dem Schicksal dieser Kinder hat der NDR jetzt ein knapp 100-minütiges, absolut empfehlenswertes Dokudrama gewidmet. Der Film »Nazijäger – Reise in die Finsternis« schildert die Fahndung von britischen Offizieren nach Nazi-Tätern im September 1945, die dabei auch auf die Morde am Bullenhuser Damm stießen. Neben der an sich schon ergreifenden Handlung sind mit am beeindruckendsten die Interviews mit zwei Italienerinnen, die als Kinder Auschwitz überlebten, und die jungen Kinder-Schauspieler:innen, die auch dabei gefilmt wurden, wie sie geschminkt werden und die Haare abrasiert bekommen ... Die *Hamburger Morgenpost* hat eine lezenswerte Besprechung des Films geliefert: www.mopo.de/rausgehen/kultur/drama-ueber-eins-der-abscheulichsten-verbrechen-in-der-geschichte-hamburgs/. Was mir bei dem Dokudrama einzig fehlt, das ist ein Kapitel über den skandalösen Umgang mit einigen der Haupttäter, die nicht oder erst sehr spät belangt wurden: SS-Arzt Dr. Kurt Heißmeyer (1905–1967) und SS-Hauptsturmführer Arnold Strippel (1911–1994).



(Foto: NDR)

Der Film ist am 16. Januar erstmals im Fernsehen gelaufen, in der ARD-Mediathek bleibt er noch bis zum 26. April verfügbar (www.ardmediathek.de/sendung/nazijaeger-reise-in-die-finsternis/staffel-1/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL25heml-qYWVnZXItcmVpc2UtaW4tZGllLWZpbmNOZXJuaXM/1/).

Wer sich für das Thema – die Ereignisse selbst und den weiteren Umgang damit in Hamburg – interessiert, sollte sich unbedingt das Buch »Meine 20 Kinder« (1996) des Journalisten Günther Schwarberg (1926–2008) besorgen. Er hat das Leben und Sterben dieser Kinder vor mehr als drei Jahrzehnten publik gemacht und zusammen mit Angehörigen der Ermordeten und KZ-Überlebenden 1979 die »Vereinigung der Kinder vom Bullenhuser Damm e. V.« gegründet. Alljährlich am 20. April richtet der Verein eine Gedenkfeier in Erinnerung an die Kinder aus (<http://www.kinder-vom-bullenhuser-damm.de/index.php>). Hörenswert ist in diesem Zusammenhang vielleicht auch Hannes Wader mit seinem anderthalbminütigen Statement (www.youtube.com/watch?v=1UXCman5zBQ). Aber vor allem sollten alle Hamburger:innen zumindest einmal die **Gedenkstätte Bullenhuser Damm** (Bullenhuser Damm 92, nahe der S-Bahn Rothenburgsort) besuchen, sie ist sonntags von 10.00 bis 17.00 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei.

P.S.: Der Film und dieser kleine Artikel haben mich bewogen, anlässlich meines Geburtstages nach längerem wieder mal 20 Blumen im Rosengarten gleich neben der Gedenkstätte Bullenhuser Damm niederzulegen. ♦

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg